

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei Meistern Postbezugs monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Freitisch für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Druckerei und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Leser, die die achtseitige Doppelseite ab. dem Namen einlief. Leveragepflichten 2,25 M., das sonstige Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Sammel- und Organisationsanzeigen die achtseitige Doppelseite 2,00 M., das festgedruckte Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inzertate vor dem Druck sterben Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2595-96, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die russisch-polnischen Verhandlungen

## Die polnische Antwort auf das russische Friedensangebot.

T. U. Warschau, 28. Februar.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat in den Sitzungen am 23. und 24. Februar über den Bericht der Regierung betreffend das Friedensangebot Russlands verhandelt. Als Endergebnis der Beratungen hat die Kommission die allgemeinen Richtlinien gutgeheißen und die Antwort der polnischen Regierung auf das bolschewistische Friedensangebot zur Kenntnis genommen. Polen lehnt das seitens der bolschewistischen Regierung gestellte Friedensangebot nicht ab. Der Friede mit Russland wird von Polen nicht Annexionsplänen zuliebe, sondern für die Verteidigung der Lebensinteressen des Staates und der polnischen Nation gewünscht. Mit Rücksicht darauf beantragte die polnische Regierung die bolschewistische Friedensnote mit der Vorlage von Friedensbedingungen. Polen verlangt endgültige Wiedergutmachung des Teilungsaktes, welcher ein geschichtliches Unrecht darstellt und verlangt für die Bevölkerung der Gebiete, die seit 1772 dem polnischen Staate angehört haben, das Selbstbestimmungsrecht.

## Aussichtiges Friedensangebot an Tschechoslowaken.

Prag, 27. Februar.

Die Wiener Blätter veröffentlichen eine Note, welche der russische Volkskommissar für Aeußeres, Tschischewin, an das tschechoslowakische Ministerium des Aeußeren gerichtet hat, und in welcher er ein formelles Friedensangebot macht. Die tschechoslowakische Botschaft in Moskau, liegen im tschechoslowakischen Ministerium des Aeußeren über diese Note noch keine direkten Meldungen vor.

## Der Friedenswille Sowjetrußlands.

T. U. Kopenhagen, 28. Februar.

Nach Aeußerungen Litwinows hat die Sowjetregierung Japan und Rumänien Friedensangebote zugestellt und die Ukraine hat Polen den Frieden angeboten. Litwinow erwartet unbedingt, daß die Alliierten in nächster Zeit gezwungen sein werden, einen offiziellen Frieden mit Rußland abzuschließen und dadurch die Sowjetregierung anzuerkennen. Er sieht sich in diesem Sinne auch gegenüber dem hiesigen Korrespondenten des Aeußerlichen Bureaus geäußert. Er betrachtet die letzten Erklärungen des Obersten Rates in der russischen Frage nicht als das letzte Wort, da die Logik der Ereignisse härter sein werde als die Beschlüsse der Mitglieder des Rates.

## Die Uebergabe der weißen Garde in Rußland.

H. N. London, 28. Februar.

Die „Times“ veröffentlicht aus Moskauer Quellen den Desseinenwechsel zwischen Guryon und Tschischewin, der der Uebergabe der Weißen Garde in Nordrußland vorangegangen ist. Daraus ergibt sich, daß Guryon mit Hinweis darauf, daß die britische Regierung eine gewisse Zeit lang für das Wohlwollen der Bevölkerung dieser Gegenden verantwortlich gewesen sei, die Räteregierung ersuchte, keine Repressalien vorzunehmen. Darauf erklärte Tschischewin, sich mit der Auslieferung aller Waffen, aller Regierungsbesitzer, aller Transportmittel und Nahrungsmittel sowie der sofortigen Uebergabe der Truppen zufrieden geben zu wollen unter der Bedingung, die persönliche Sicherheit der weißen Garde zu garantieren.

## Der französische Sozialistengreß.

Strasbourg, 27. Februar.

Das offiziöse Bureau Gobas meldet: Die am Donnerstag vom Sozialistengreß ernannte Kommission bemüht sich, eine Erklärung aufzugeben, die eine möglichst große Zahl der Delegierten befriedigen würde. In dieser Kommission sind die Anhänger der Wiedererrichtung der Internationale (Schottierung Kongress) in schwacher Mehrheit. Sie stimmen dem sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale zu, unter der Bedingung, daß die französische Sektion der dritten Internationale Herr ihrer Parteizugehörigkeit und ihrer inneren Politik bleibe. Andere Anhänger der ersten Richtung in der Kommission bestehen auf der Einführung von Sowjets in Frankreich auf dem Wege über die Gewerkschaften und die Arbeiterkooperativen. Eine Einigung wird schwierig sein. Der

allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Vorsetzer der Wiedererrichtung der Internationale mit Kongress im Kongreß die Mehrheit erhalten werden.

## Die neue Untersuchung der Morde an Liebknecht und Luxemburg.

Vor einiger Zeit hat der ehemalige Fähnrich Walter Weinholt in dem schwedischen Blatt „Dagens Nyheter“ neue Mitteilungen über die an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verübten Morde veröffentlicht. Es wurde nun von den Militärbehörden eine neue Untersuchung eingeleitet, die noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Nach einer Lokalkorrespondenz hat in dieser Untersuchung der Unteroffizier Franz Hild, der an dem fraglichen Tage Wachunteroffizier im Edenhotel war, folgende Aussagen gemacht:

„Ich war Unteroffizier bei der dritten Eskadron des Jäger-Regiments 2 und am 15. Januar 1919 sowie an den folgenden Tagen Wachhabender im Edenhotel. Als solcher habe ich auch die dort von unserem Regiment gestellte Wache eingeteilt. Nach meinem noch vorhandenen Wochbuch hat der Jäger Weinholt zu der Zeit, als Frau Luxemburg in das Hotel gebracht wurde, gar nicht Posten vor dem Eingang gestanden. Er sollte erst um 11 Uhr vor dem Eingang aufstehen. Jäger Runge hat aber um 11 Uhr nicht abgelöst, um den Abtransport des Dr. Liebknecht und der Frau Luxemburg beizuwohnen. Er blieb also mit dem Jäger Dräger auch noch nach 11 Uhr auf seinem Posten. Nach der Tat sind Runge und Dräger erst von Weinholt und Haas abgelöst worden, also war Weinholt zur Zeit der Tat gar nicht auf Posten vor dem Eingang, durch den Frau Luxemburg abtransportiert wurde.“

Weinholts Aussage, Frau Luxemburg wäre schon vor dem Verhör mit dem Kolben geschlagen worden, stelle ich als unwahr hin, und kann das Gegenteil mit meinem Eid erhärten. Denn nach dem Verhör bin ich mit der Frau Luxemburg im Vorraum des Hotels, als sie zum Automobil gebracht wurde, zusammengetroffen. Sie war noch im vollen Besitz ihrer Kräfte, ebenso war von Schlägen am Kopf oder an der Kleidung nichts zu sehen. Die Fähnriche im Eden-Hotel waren mir alle bekannt, einen Fähnrich Hoffmann gab es nicht.

Ich behaupte, daß der Bericht des Jägers Weinholt von Anfang bis Ende erlogen ist. Weinholt war gar nicht Fähnrich, sondern Jäger. Er ist mir auch von seiner Dienstzeit bei der 4. Eskadron des Jäger-Regiments 2 zu Pferde als sehr unzuverlässig bekannt und von der Eskadron entlassen worden. Das Wochbuch steht zur Prüfung zur Verfügung.“

Es war vorauszuwahren, daß auch diese „neue“ Untersuchung nichts Wesentliches ergeben würde. Die Militärjustiz ist die aller ungeeignetste Einrichtung zur reißlosen Aufhellung dieser Morde.

## Der französische Eisenbahnerstreik.

Der französische Ministerpräsident Millerand hat nach seiner Rückkehr aus London mit den Delegierten der Eisenbahner-Gewerkschaft verhandelt. Anscheinend sind diese Verhandlungen ergebnislos geblieben, denn der Streik gewinnt immer weitere Ausdehnung. Die Gewerkschaftsvertreter der Pariser Eisenbahner verlangen jetzt über ihre bisherigen Forderungen hinaus noch die Verstaatlichung der Bahnen, eine Steuererhöhung und sofortiges Inkrafttreten einer neuen Lohnskala. Die französische Regierung verläßt sich auf alle Nachmitteln, die ihr zu Gebote stehen, den Streik zu unterdrücken und hat bereits die teilweise Mobilisierung für die Strecken der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn angeordnet. In der Kammer brachte der Arbeitsminister einen schleunigen Gesetzesentwurf ein, in dem der Regierung das Recht der Aquisierung der Verkehrsmittel im Falle des Stillstandes der Eisenbahnen gegeben wird. Im Laufe der Kammerdebatte am Freitag sagte Ministerpräsident Millerand, man befürchte sich nicht einem Lokalkampf gegenüber, sondern man habe es mit einer revolutionären Bewegung zu tun. Es dürfe keine Korporation geben, möge sie auch noch so bedeutend sein, die das Recht habe, sich gegen die Nation zu wenden.

Amerika und die Rottifikation. Der Senat hat neuerdings fast einstimmig den Vorbehalt zu den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Ausführung der Mandate angenommen. Senator Hitchcock hatte vorher angekündigt, daß die Regierung diesen Vorbehalt nicht bekäme.

## Die Organisation des ungarischen Terrors.

Zur gleichen Zeit, wo Admiral Horthy vor offener Öffentlichkeit heuchlerisch erklärt, die Mörder des Genossen Somogyi auf's Schärfste verfolgen zu wollen, gelangen Einzelheiten über die Grenze, die tief hineinschneiden in das Blutbad, das Ungarns „christliche“ Regierung im Geheimen unter Führung desselben Horthy an den Vertrauensmännern der Arbeiterkassen anrichtete. Den ungarischen Zeitungen selbst ist es verboten, über die Schreckensherrschaft der Offizierskamarilla zu berichten. So müssen sie z. B. noch immer von dem im Keller des Gerhards-Hotel ermordeten sozialdemokratischen Parteisekretärs Szervanta als einen „Bermittler“ schreiben, obwohl er, wie allgemein bekannt ist, direkt unter der Wohnung Horthys ermordet wurde. Als sich aber zwei Herren in dieser Angelegenheit an Horthy wandten, erklärte er ihnen: „Meine Herren, lassen Sie das auf sich beruhen; er ist ein gefährlicher Kommunist.“

Und „Bela Szomogyi mußte sterben“, schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, „weil er Sozialdemokrat war, weil er durch schriftstellerisches Können, eine nicht zum Wanken zu bringende Treue und eine tüchtige Arbeitskraft eine geistige und sittliche Stütze der Arbeiterbewegung gewesen war, die physisch auszurotten das vornehmste Ziel der christlich-nationalen Regierung ist“. Anfang dieses Monats fand in dem Amtszimmer des Herrn Horthy in seiner und des Abgeordneten Georg Szentesoni Gegenwart eine Zusammenkunft statt, an der auch mehrere Zivil- und militärische Würdenträger teilgenommen haben, wo der Kriegsplan der Horthy-Regierung gegen die rote Gefahr besprochen und der Plan erwohnen wurde, England die Aufstellung einer 100 000 Mann starken Armee gegen Sowjetrußland anzubieten, und auch beschlossen wurde, alle diejenigen, die in der Arbeiterbewegung eine führende Rolle innehaben oder hatten, ob sie in Budapest oder im Exil leben, aus dem Wege zu räumen und unschädlich zu machen.

Die Ermordung des Sekretärs der sozialdemokratischen Partei, Nikolaus Szervanta, vor einigen Wochen, die jetzt erfolgte Tötung Somogyis und Vackos, das Reg. das immer enger um Peyer und Buchinger zusammengezogen wird, die Organisation der Draconen in Wien, die auf Kun, Böhm und Kunzi eine förmliche Gejagd veranstaltet, das gräßliche und unausgeglichte Klappern der Gerichtsmaschine, die fortwährende Fällung der nicht geleerten Kerker und Internierungslager, die offen betriebenen Vorbereitungen zum Prozeß der Volkskommissäre, die man alle auf den Galgen bringen will — dies alles und noch vieles andere sind einzelne, aber zusammenhängende Kampfhandlungen in dem sozialen Kriege, mit welchem die in Budapest zu zehntausenden zusammengepöbelten Offiziere der zerbrochenen monarchistischen Wehrmacht die Konterrevolution nach dem Osten und nach dem Westen tragen wollen.

So sieht die christliche Regierung Ungarns aus, deren Haß gegen alles, was sozialistisch heißt, vor nichts zurückweicht. Und ein ausführendes Organ finden die beiden Militärgewaltigen Horthy und Friedrich in der aus besonderen Offiziersformationen gebildeten „Spezialgewalt“, die ohne in Fällung mit den Zivilbehörden zu stehen, sich deren Befugnisse anmaßt, eigene, mit Folterkammern versehene Gefängnisse einrichtet, deren Betreten allen bürgerlichen Instanzen, wie Staatsanwalt und Polizei, unmöglich ist.

Diese Leute sind es, die das ganze öffentliche Leben Ungarns beherrschen und denen gegenüber die Regierung selbst wenn sie den Willen hätte, völlig machtlos wäre. So sind, wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, in den allerletzten Tagen wieder eine größere Anzahl von bekannten Sozialisten und Politikern verschwunden, darunter Dr. Michael Rebeck, Redakteur des „Nepzava“, Johann Martosfi Moroc, Redakteur in Reuven, der Mitarbeiter Somogyis in der Arbeiterbewegung Karl Luba, und aus einem Orte in Weindorf in Westungarn wurden von der Brochalsgewalt 40 Sandeute verhaftet und angeblich interniert. Der

es erscheint nach allem Wahrscheinlichen durchaus möglich, daß sie bereits sämtlich erwidert sind.

Die Offizierskamarilla beschränkt bekanntlich ihren Terror nicht auf Ungarn. Immer neue Beweise treten zutage, daß die Menschenjäger in Wien nicht etwa aus eigenem Antrieb, sondern auf Befehl der ungarischen Regierung und deren Wiener Gesandtschaft ihre dazwischen bürgerrechtlichen Brüche begehen. Einen neuen Beweis für das Zusammengehen der ungarischen Offiziere, die sich in Wien damit befassen, ungarische politische Flüchtlinge zu überreden, und wenn möglich, nach Ungarn zu verdrängen, erbrachte Dr. Bauer in der österreichischen Nationalversammlung, als er einen Brief zitierte, den ein wegen Menschenraub in Wien in Untersuchungshaft befindlicher ungarischer Leutnant Kis Kalamán aus dem Gefängnis heraus an den Sekretär des Ministeriums in der ungarischen Gesandtschaft gerichtet hat. Darin heißt es:

„Ich habe bereits mehrere Briefe geschrieben, aber bis jetzt ist nichts für mich geschehen, obwohl wir so tapfer bis jetzt ausgehalten und gar nichts verraten haben. Als Herr Hauptmann Langenberger und den Befehl gab, antwortete er auf unsere Einwände, daß, wenn man uns gefangen nimmt, wir höchstens ein bis zwei Tage im Gefängnis bleiben, im schlimmsten Fall marschieren wir nach Gorty in Wien ein und dann werden wir wieder frei.“

Wenn wir hier die Wahrheit gesagt hätten, dann hätte man erfahren, daß wir auf den diesseitigen Befehl gefangen gehalten und man hätte Bronny, Langenberger und die ganze hier weilende Offizierskompagnie, die zur Wegschleppung der Kommandanten hierher kommandiert war, gefangen gesetzt.

Diese Beispiele zeigen, daß man die ungarische Frage nicht mehr für sich betrachten darf. Sie ist als ein Ausschritt aus dem ganzen Komplex der Diplomatik anzusehen. Mit derselben Energie, mit der sich die internationale Arbeiterschaft gegen eine Bekämpfung Sowjetrußlands gewandt hat, muß sie gegen den ungarischen Terror Stellung nehmen. Nicht allein aus Solidaritätsgefühl, auch aus Selbstverteidigungsbedürfnis muß sie die ungarische Reaktion beschränken. Man sollte nicht etwa, die ungarische Reaktion beschränken sich bei ihren Gewaltmaßnahmen auf die Dauer auf ihr eigenes Land. So gut wie sie England das Angebot eines gemeinsamen Kampfes gegen die Bolschewiki gemacht hat, wird sie gemeinsam mit den Reaktionen aller Länder gegen den Sozialismus mit allen Gewaltmitteln unterirdischen Terrors zu Felde ziehen, sobald sie im eigenen Land keinen Erfolg gemacht hat. Unsere Pflicht ist es, sie deshalb zu bekämpfen, solange es noch möglich ist, solange die ungarische Arbeiterbewegung noch nicht ganz im Blut erstickt ist.

### Brieffreiheit.

Der „Reichsbote“ hat an das Reichsministerium ein Schreiben gerichtet, worin er die Vorgänge bei dem Verbot des Blattes schildert. Am 24. Februar abends nach Schluß der Redaktion sei ein Kriminalbeamter, angeblich im Auftrage des Reichswehramts, in das Redaktionsbüro gekommen und habe eine Verfügung vorgezeigt, wonach das Blatt wegen Abdrucks wesentlicher Teile einer verbotenen Schrift auf die Dauer von zehn Tagen verboten sei. Das Schreiben des Schlußredakteurs, die Verfügung zugulassen, lehnte der Kriminalbeamte mit dem Bemerkung ab, er habe seinen Auftrag erfüllt und damit sei das Verbot in Kraft. In der Verfügung sei nicht einmal angegeben, um welche verbotene Schrift es sich handle. Sollte es sich um die Broschüre „Der Mattenlöcher“ handeln, so stellt der „Reichsbote“ fest, daß er auch nicht eine einzige Zeile aus dieser Schrift abgedruckt, vielmehr nur zur Aufklärung der Leser kurz angehandelt habe, um was es sich bei dem Verbot der Broschüre handle. Das Verbot des „Reichsbote“ sei also eine Handlung seiner Willkür. Er habe am 26. Februar nachmittags 2 1/2 Uhr sei dem Blatte eine schriftliche Bekräftigung des Verbotes zugegangen. Der „Reichsbote“ mag sich gefast sein lassen, daß bei dem Verbot unbeschädigt Blätter noch viel „formloser“ vorgegangen wird. Dieses Blatt hat wenigstens nach dreiviertel Tagen eine schriftliche Bekräftigung des Verbotes erhalten. Die „Brieferei“ war zuletzt fast vier Wochen lang verboten, sie hat diese ganze Zeit vergeblich auf eine schriftliche Aufhebung

gewartet. Beim „Reichsbote“ erschien nur ein Kriminalbeamter mit der Verbotsschuldung; bei der „Freiheit“ rückte gleich ein ganzer Trupp Sicherheitspolizisten an, der die Redaktionsräume die ganze Verbotzeit über besetzt hielt. Die Redakteure des „Reichsbote“ erzeuften sich auch während des Verbots ihrer Freiheit, während des Verbots unseres Blattes wurde ein Redakteur zehn Tage lang in Schutzhaft genommen und als eine Nachwirkung des Verbots erfolgte dann noch der Ausweisungsbefehl gegen einen anderen unserer Redakteure.

Trotzdem und eine Welt von dem „Reichsbote“ und der ihm gleichgesinnten Presse trennt, so schließen wir uns doch ihrem Protest gegen solche Willkürhandlungen an. Wir haben allerdings keine Hoffnung, daß diese Presse auch gegen die Verbote unabhängiger Blätter Einspruch erheben wird. Doch beispielsweise des „Volksblatt“ in Halle schon fast zwei Monate lang verboten ist, daß gegen unser Parteiblatt in Remscheid trotz der entgegenstehenden Versicherung der Reichsregierung, es werde kein unbefristetes Verbot mehr kommen, noch vor wenigen Tagen ein solches erlassen worden ist, sieht diese Presse nicht an. Sie kämpft nur für die eigene Brieffreiheit.

### Der Achtstundentag.

Wir haben erst letzten in einem Leitartikel auf die Gefährdung des Achtstundentages hingewiesen. Die Tatsache, daß eine als Ueberbrückung verteilte Schichtverlängerung im Bergbau widerstandslos möglich war, hat ihnen Mut gemacht. Daß der Widerstand bei den Regierungsstellen — wenn ein solcher überhaupt vorhanden ist — nicht sehr stark ist, zeigt die Tatsache, daß die Eisenbahnverwaltung in den Werkstätten den „vollen Achtstundentag“ mit Gewalt durchzusetzen trachtet. Was folgen wird, wenn der „volle Achtstundentag“ erzwungen sein wird, sieht noch dahin.

In dieser Situation ist nicht ohne Bedeutung, was der Führer der Sächsischen Gewerkschaften, Herr Erkelenz, zu der Frage des Sechsstundentages zu sagen hat. Er schreibt in der „Berliner Völkzeitung“ einen langen Artikel darüber.

Erkelenz wendet sich gegen die Redensart, Deutschland gehe zugrunde am Achtstundentag. Nachdem der Kampf um die Betriebsräte durch die Annahme des verordneten Gesetzes zugunsten der Unternehmer einseitig beendet ist, ist der Achtstundentag das neue Stachel für Deutschlands Untergang. Erkelenz schreibt nun über die wahren Gründe für den Ruin der deutschen Wirtschaft folgendes:

„Es ist in unzähligen Fällen nachgewiesen, daß der achtstündiger intensiver Arbeit auf die Dauer das gleiche, oft mehr geleistet werden kann, als in zehn oder zwölf Stunden. Voraussetzung dabei ist eine bessere Durchbildung der Betriebsorganisation, oft bessere technische Einrichtungen. Beides kann natürlich nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Deshalb war es ein Fehler, im November 1913 einfach durch allgemeine Verordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden durchzuführen, statt eine schrittweise Verkürzung vorzusehen.“

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen jetzt in acht Stunden nicht weniger sondern mehr geleistet wird als früher in zehn und zwölf. Die ununterbrochen arbeitenden Betriebe haben zum Teil eine Steigerung um ein volles Drittel und mehr erreicht. Solche Ergebnisse wären in noch viel größerem Umfange erzielt worden, wenn wir nicht am Ende des Krieges mit einer völlig zerrütteten Betriebsorganisation, was aber noch schlimmer war, mit verfallenen, verbrauchten Maschinen usw. dagestanden hätten. Selbst im Bergbau, wo es fast auf manuelle Arbeit ankommt, kann innerhalb gewisser Grenzen, in kürzerer Arbeitszeit mehr geleistet werden als in längerer. Der kürzliche Bergarbeiterstreik z. B. in 7 Stunden mehr Kohlen als früher in acht.

Aus diesen Darstellungen ist allein der Schluss zu ziehen, daß die Gesamtheit des Volkes durch eine durchgreifende Sozialisierung die Produktionsmittel in die Hand bekommen muß, um dem Ruin der Produktion durch das Kapital Einhalt zu gebieten, eine Forderung, die wir oft gezogen haben, die Herr Erkelenz, der Demokrat, natürlich ablehnt. Solange sich die Produktionsmittel in der Hand des Kapitals befinden und die Produktion nach dem Profitbedürfnis des Unternehmertums, und nicht nach dem Bedarf des Volkes geleitet wird, solange wird sich der

Rustand nicht bessern. Und solange wird eine Steigerung der Leistungen stets auf Kosten der Arbeiter — durch verstärkte Ausbeutung — und zugunsten des Kapitals — durch Verbesserung der Produktionsmittel — und zugunsten des Volkswohlsandes.

### Der Abfindungsandal.

Die rechtssozialistische Fraktion der Nationalversammlung beschäftigte sich gestern mit dem vom Finanzminister Südekum eingebrachten Abfindungsvertrag der Familie Hohenzollern. Es kam dabei, wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ hört, einmütig die Meinung zum Ausdruck, daß diese Vorlage nicht die Zustimmung der Rechtssozialisten finden könne, sondern abgelehnt werden müsse. Selbst bei den Rechtssozialisten scheint also allmählich zu lämmern, daß der vorgelegte Vertragsentwurf unannehmbar ist. Wie eine bürgerliche Parlamentarierkorrespondenz meldet, soll sich Herr Südekum sehr mit dem Gedanken tragen, den Entwurf in seiner jetzigen Form doch noch mit Hilfe der Rechtsparteien durchzubringen.

Wir können demgegenüber nur immer wieder darauf hinweisen, daß ein „Vertrag“ überhaupt nicht angingig ist, sondern daß der einer völligen entschädigungslosen Entzignung des ehemaligen Kronbesitzes etwa im Wege des § 153 der Verfassung unzugänglich aus dem Wege geräumt werden muß, damit sich die Hohenzollern nicht noch weitere Vermögensverluste aneignen können. Eingig und allein eine derartige Maßnahme würde dem Willen des arbeitenden Volkes entsprechen und auch nicht unmöglich machen, daß man den Hohenzollern später in Form einer „Schenkung“ eine Zurechnung macht.

### Vermögenszuwächse in England.

In England hat bekanntlich die Finanzierung des Krieges andere Wege eingeschlagen als in Deutschland. Während man bei uns in wahnwitziger Hoffnung auf den Sieg den Krieg auf Pump führte und nur insgesamt vier Milliarden Reichsmark neuer Steuern schuf, davon drei Milliarden Reichsmark indirekte, nahm man in England weniger Rücksicht auf die Zusammenhänge zwischen Kriegsgeldverleihung und Belastung der Vermögenden. Über ein Drittel der laufenden jährlichen Kriegskosten brachten die Erhöhdung hauptsächlich durch Erhöhung direkter Steuern, wie der Einkommensteuer, auf. Daher kommt es, daß jetzt Englands Schuldenlast an reinen Kriegskosten auch nicht im entferntesten die Höhe erreicht, wie die Deutschlands. Der Reichsminister unserer finanziellen Genes à la Hoffentlich hat Deutschland die ungeheure Last der Kriegsschuldenlast gebracht, in der je ein Land steht. Während die Kriegsverdiener und Wucherer ihre ergründeten Milliarden in aller Gemütlichkeit und Wohlstand schöpfen durften —

Die Steuerkommission des britischen Parlaments hat sich nunmehr gleichfalls entschlossen, zur weiteren Abmilderung der englischen Kriegsschuld eine Vermögenszuwächsteuer zu empfehlen. Sie soll 25 Proz. des gesamten Vermögens von rund vier Milliarden Pfund erfassen. Von der Steuer gebührt man die kleinen Vermögen bis zu 5000 Pfund das sind 100 000 Goldmark) völlig freizulassen, dagegen den Zuwachs der großen Vermögen bis zu 50 Prozent zu belasten!

### Die Not der Presse.

Die ungeheure Preissteigerung für alle Materialien, besonders aber für Druckpapier, hat die gesamte Presse in die schwierigste Lage gebracht. Alle Blätter müssen wesentliche Erhöhungen der Abonnements- und Anzeigenpreise vornehmen, um sich über Wasser zu halten. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ teilt jetzt mit, daß sie gezwungen ist, vom März den Bezugspreis auf 4 20 Mark im Monat festzusetzen. Unser Stadtblatt, das sechs mal in der Woche erscheint, spricht dabei die Erwartung aus, daß ihre Leser ihm trotz des höheren Preises die Treue halten werden.

Schluß der Rombe. Der Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung wird vorläufig seine Arbeiten nicht wieder aufnehmen. Die Regierung legt anscheinend keinen Wert auf die Fortsetzung, da ja die größten Kriegsverbrecher vom Reichsgericht abgerichtet werden sollen.

Gewinnbeteiligung der tschechischen Bergarbeiter. Die tschechische Nationalversammlung nahm ein Gesetz an, welches den Bergarbeitern 10 Prozent vom Gewinn gewährt.

### In der Philharmonie.

Reichenberger — Schreier — Onegin.  
Der Wiener Kapellmeister Hugo Reichenberger stand zum zweiten Male in diesem Winter an der Spitze der Philharmonie. Der Eindruck seiner dirigierenden Leistungsfähigkeit schloß sich eher ab, als daß man noch neue Jüge und Besonderheiten in ihm entdeckt hätte. „Was“ er brachte, war im allgemeinen wertvoller, als „wie“ er es brachte. Orchestergewandtheit, Ueberlegenheit in gestrafften Zusammenhalten der einzelnen Klanggruppen, Anpassungsfähigkeit und Unterordnungsmacht in orchesterlicher Begleitung gelanget auch diesmal seine Darbietungen aus. Um aber über topfmeistereiartige Darstellung hinauszuweisen und eigenständigeren Nachschöpfungen erziehen zu lassen, schloß dem Wiener der musikalische Impuls. In der „Ritus“-Musik bewachte man das Fluidum der Feinbesetzung und Reichlichkeit, das dem Orchester die feinsinnigste Besetzung verleiht, und Frau Sigrid Hoffmann-Onegin hatte die Sigrid-Arie mit dem Chor von ihres Organs an wie einen Mozart mit Pausen und angemessener Bescheidenheit. Nebenher blendet in manchem Werk mehr das Kristall ihres Organs als daß eine innere Berufung erweist — Organisations, die erst in ihrer Vermählung ein vollendetes Ganze darstellen. Verließ Orchestergeräusche verlangen nach starker Gestaltung in ihrer dramatischen Melodie. Frau Hoffmann-Onegin entrollte nur die lügende Linie, alles dramatischen Zwanges entbehren durch die geniale Verknüpfung Instrumentalunterordnung (vorwiegend noch für heutiges Schaffen), das schwache die Empfindlichkeit für diese feinsinnige Bilder, ob trotz der volleren Begleitungsgewandtheit Hugo Reichenbergers. Weniger fruchtbar war diese Selbstlosigkeit in dem höchsten Genuß des ganzen Abends: im Franz Schreiers „Vorspiel zu einem Drama“. Humme und Kerkelch hätten in diesem überden, lachend-trübenden Anbegriff alles Romantische und innerlich Dramatische aufzulösen müssen. Das romantische Element ist in Schreier das extraguppige (ich denke besonders an den märchenhaft-glückselig klingenden Anfang). Neben Schreier in der Thematik, die freudweise die ganze Orchesterkraft fassen, kann die Zauberkraft neuwiederholender Klänge nicht ganz hinweggetragen. Wir danken dem Wiener Kapellmeister für die Darbringung des genialen Fremdling in Berlin, der Stadt der traditionsverhafteten Jungen. Max von Schilling, der

Ob er mit verhörmtem Bedauern davon ging, er, auf den alle noch wachen Blide wie auf den Felsberg aus reaktionärer Erziehung und „Verhöhnung“ getrieben waren, und der noch nicht einmal den Symphoniekonzerten der Staatskapelle eine einzige Schreieraufführung (eine Schreieroper kommt wohl erst 1999 nach Berlin) abzulassen vermochte? J. J. Windisch.

### Jugendfilmvorführungen.

In der Gesellschaft für Erziehung und Unterricht sprach Herr Professor Ranpe über den ethischen und ästhetischen Nutzen von Jugendfilmvorführungen. An einer Reihe von Filmen zeigte er den Wert der Anschaulichkeit und der planmäßigen Entwicklung des Gegenstandes, der zu Lehr- und Unterhaltungszielen für die Jugend dient. Der Vorteil des Films besteht vor allem wohl darin, daß er nicht das fertige Objekt vor die Augen des Kindes stellt, sondern stufenweise aufbaut, so daß das Kind auf mühelose Weise Einblick in das Werden jeglichen Geschehens in Natur und Kunst erhält. Die verschiedensten Unterrichtsstoffe, wie z. B. Erdkunde und Naturkunde, können auf diese Weise der heranwachsenden Jugend nähergebracht werden. Die kleinsten Beweisen können durch Vergrößerungen in ihren Einzelheiten dargestellt, blühende Vorgänge durch Verlangsamung zu größeren Verständnis gebracht werden. Aber nicht nur das Pädagogische wird in diesen Filmen einseitig betont, auch der Komik wird zu ihrem Rechte verholfen. Das Kind soll nicht nur an rein sachlichen Vorgängen und Gegenständen lernen, sein Spieltrieb soll auch durch erheitende und dramatische Vorgänge angeregt werden. Es ergibt sich daraus, daß das Kind durch solche Anregungen von selbst zu genauerer Anschauung gelangt, daß sein Sinn und seine Phantasie auf eine durchaus anregende Weise belebt werden. In Zukunft werden demartige Vorführungen für Schüler bereits seit Monaten gegeben.

### — in Diätetabund.

Dichter lesen. Ein kleiner Saal vereinigt eine kleine Schar von Freunden. Der Abend ist kurz aber der Eindruck bleibt lange. Von Politik wurde nicht gesprochen. Einmal fiel aus Empörung über Vorhabenmännchen das empörte Wort: „Bürgerpad“. Ferner trug der Strom neuer Gefühle die Wahrung wieder weg. Man sprach von Menschen, von der Liebe, von Glück und Trauer. Es war ein romantischer Abend, ein däm-

mernder, wehmütig besagelter, elendjerner aber leidvoller, bitter, versponnener Abend. Genk Blag begann. Der ist früh nachdenklich, fast auch nachgiebig geworden, wandelt im Dämmer der nächtlichen Träume, sucht die blaue Blume der Romantiker, trübt jenen Kosmos brüderlich die Hand, zaubert Klänge, Farben, Töne, scheint mehr ein Stillist als ein Seelengräber, mehr Schwärmer als Betrachter. Nach ihm las Max Herrmann-Reißle, der über Formen und Rhythmen gebietet aber nie die Wahrheit weniger liebt als die Schönheit, immer in sich selber gräbt und Witternisse leinert. Er ist kein Schönheitsfänger, kein Wortwucher, er schließt sich ewig mit sich selber herum, wird von Zweifel bestürmt, von Ähnungen erfüllt, von Trauer überwältigt, von Sehnsucht getrieben — ein armer aber auch weicher Mensch, ein unfehlbarer, aber ernster Dichter, der Not gelitten hat und alles was menschlich ist, zu fühlen vermag.

In den Gebieten Johannes R. Bechers, die wir neulich hier besprochen, weist der „Kronenzeitung“ darauf hin, daß bereits im Mai 1919 in der Wäckerer „Der rote Haun“ das Buch „An die Hölle“ erschienen ist, das sowohl die Panzermagazinbeobachtung, wie die „Hymne auf Rosa Luxemburg“, aber auch den „Guh“ des deutschen Dichters an die russische Sowjetrepublik sowie ein Requiem „Tod des Sportlers“ und andere Dichtungen enthält.

Die nächsten Volks-Sinfonie-Konzerte des Völkerver-Orchesters finden statt: Sonntag, den 8. März, Dienstag, den 23. März und Dienstag, den 30. März in der Brauerlei Köpferstadt. Karten sind zu haben in der Buchhandlung „F. Ebel“.

Eine Reichstheaterkonferenz findet in Stuttgart statt. Vertreter sind fast alle Landes-theater im Reich.

Schauspielhaus. Für das nächste Spieljahr sind für das staatliche Schauspielhaus verpflichtet worden: Frau Goller von der „Tribüne“, Fr. Seydel aus München und Herr Schöler aus Wien.

Mittagsaufführung im staatlichen Schauspielhaus. Am nächsten Sonntag, den 29. d. M., findet im Schauspielhaus die 6. Veranstaltung im „Hyllus“-Festspiel aus dem „Hyllus“-Festspiel. Diese Mittagsaufführung ist den Romantikern gewidmet. Den Vortrag hält der Schriftsteller Paul A. Werbach. Der ganze Rest trägt die „Sinnen an die Nacht“ von Rosalis, welche über aus des „Anaden Wunderhorn“, Gedichte von Fied und Eidenberg, sowie den „Tod des Schulmeisterlein Wuz“ von Paul von. Danach andere deklamatorische und musikalische Beiträge.



